

Suche nach richtigem Energie-Mix

Innenminister Caffier: Bevölkerung und Politik haben die Energiewende gewollt, jetzt müssen wir die Lasten auch gemeinsam tragen

GREVESMÜHLEN Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 – das ist beschlossene Sache. Doch auf der Suche nach Alternativen, um die Versorgung mit bezahlbarer Energie zukünftig gewährleisten zu können, sind die Debatten entbrannt. Für Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU) steht fest: Zum Nulltarif wird es keine Energiewende geben. „Bevölkerung und Politik haben die Energiewende gewollt, jetzt müssen wir die Lasten auch gemeinsam tragen“, forderte der Minister im Rahmen einer Podiumsdiskussion in Grevesmühlen, zu der die CDU Nordwestmecklenburg und die CDU-Fraktion des Kreistages NWM eingeladen hatten. Das Motto: „Die Energiewende kommt – Perspektiven für unsere Region“. Die Energie-

wende, so Caffier, biete viele Chancen, denn das Land habe das Know how, wie Atomkraftanlagen zurückgebaut werden. Der finanzielle Kraftakt, um beispielsweise den Ausbau der Strom- und Gasnetze zu stemmen, sei jedoch enorm. Strom aus Gas, Kohlekraftwerke – auch dies werde, so Caffier, in Zukunft gebraucht: „Windanlagen, Solarfelder und Biogasanlagen sind Alternativen, reichen aber nicht aus“.

Auf der Suche nach dem richtigen Energie-Mix, da waren sich die Podiumsgäste einig, sind sehr viele Kompromisse erforderlich. Zu den Podiumsgästen zählten auch der CDU-Kreisvorsitzende und Landratskandidat Prof. Dr. Erhard Unzel sowie Andreas Manz. Der Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes

Nordwestmecklenburg vertritt die Interessen der Landwirte, und die stehen derzeit oftmals in der Kritik, denn vielerorts wehren sich auch in Nordwestmecklenburg Bürger gegen den Bau der im Trend

WAHLEN im Kreis
2011

liegenden Biogasanlagen. Zudem befürchten Kritiker, dass durch vermehrten Maisanbau eine Monokultur entstehen

könnte. „Diese Sorge ist unberechtigt. In diesem Jahr werden landesweit ganze 14 Prozent der Ackerflächen mit Mais bestellt“, so Manz. Biogasanlagen gehören, so die Auffassung von Manz, in landwirtschaftliche Hände: „Die Wertschöpfung soll im Land bleiben.“ Er wiederum sehe mit Sorge künftigen Trassenbauten entgegen, denn dadurch würde immer mehr Ackerfläche unwiederbringlich wegfallen.

Landratskandidat Prof. Dr. Unzel sieht nicht die Gefahr, dass der Kreis mit Anlagen oder Trassen zugepflastert wird. „Bisher ausgewiesene Flächen müssen aber überdacht werden“, so Unzel, der ein Umdenken in der Regionalplanung fordert und die Raumordnung als Landesaufgabe sieht.

take